
Bern, 21. Februar 2007

Freiwirtschaft mit Zukunft

Aus einer Antwort an „Raum+Zeit“

Wesen und Ziel der freiwirtschaftlichen Geldtheorie

Es ist eine schwerwiegende Verkenning der Freiwirtschaftslehre zu meinen, sie wolle ein Zinsverbot verhängen. Ihr Ziel ist es vielmehr, Geld in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel den produzierten Gütern gleichwertig zu machen, zu deren Erwerb es eingesetzt wird. Diese Güter nehmen fortlaufend an Wert ab, folglich muss auch ein Betrag von Zahlungsmitteln in der Hand seines Besitzers laufend und in durchschnittlich gleichem Maß im Umfang abnehmen.

Dies soll durch eine fortlaufend zu entrichtende prozentuale Abgabe auf den entsprechenden Beträgen von flüssigen Zahlungsmitteln geschehen, die man als Geldnutzungsgebühr betrachten muss. Als flüssige Zahlungsmittel gelten dabei prinzipiell Bargeld und zu Zahlungszwecken sofort übertragbare Bankguthaben, also sogenannte Sicht- bzw. Giroguthaben. Abgabepflichtig soll der jeweilige Besitzer des Zahlungsmittels sein einschließlich der Banken, denen die Rückzahlung von Krediten der Zentralbank verwehrt werden müsste. Anlagewerte sollen keinen solchen Abgaben unterstellt sein, da sie keine flüssigen Zahlungsmittel sind. Dieser ganz wesentliche Punkt wird häufig übersehen. Ein Geldbesitzer kann der Abgabe entgehen, wenn er sein Geld ausgibt oder ausleiht.

Die Höhe der Abgabe sollte variabel so bemessen werden, dass kurzfristige Festgeldanlagen zu einem Nullzins getätigt werden. In den vergangenen Monaten ist ihr Zinssatz in Deutschland von 1,25 auf 2,0 % pro Jahr gestiegen. Folglich wäre dies etwa die erforderliche Höhe der Abgabe. Die Abgabe soll steuerneutral erhoben und wieder an die Bevölkerung rückverteilt werden, so dass sie unabhängig vom Steuerbedarf der öffentlichen Hand festgelegt und nicht wie eine Steuer verwendet wird.

Diese Abgabe soll den Umlauf des Geldes verstetigen, was heute durch die fragwürdigen Mittel Inflation und Zins geschieht, die es in den Umlauf drücken und locken.

Die Abgabe bedeutet keine Geldentwertung, wie sie mit Inflation verbunden ist, da die Kaufkraft der Geldeinheit – Euro oder Franken usw. – nicht angetastet wird. Was angetastet wird, ist die Kaufkraft der Besitzer von Zahlungsmitteln.

Die Abgabe kann auch nicht durch eine schleichende Inflation ersetzt werden, weil diese sämtliche Geldforderungen und -guthaben entwertet, nicht nur die flüssigen Zahlungsmittel.

Ein solches Zahlungsmittel ist „neutrales Geld“, weil es beim Austausch von Wirtschaftsleistungen Geldbesitzer und Warenbesitzer gleichberechtigt macht. Es geht um die Gleichberechtigung zwischen Käufer und Verkäufer, zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmer. Dies ist das A und O der freiwirtschaftlichen Geldtheorie! Sie will damit die unsozialen Vorteile, die Geldbesitzer gegenüber Anbietern von produzierten Gütern und von Arbeitskraft genießen, von ihrer Ursache her beseitigen. Wer über den Vorteil von flüssigen Zahlungsmitteln verfügt, soll während dieser Zeitspanne durch Entrichten der Geldnutzungsgebühr angemessen dafür bezahlen.

Auf dieser Grundlage sollten sich eine Reihe von außerordentlich vorteilhaften und wünschenswerten Wirkungen ergeben, nämlich Verstetigung des Geldumlaufs, Inflations- und Deflationsfreiheit, Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur und vor allem Senkung des Zinsniveaus.

Kein Zinsverbot

Von Zinsverbot ist da nirgends die Rede. Hingegen würde ein solches noch zu schaffendes Geld – nach freiwirtschaftlicher Auffassung – u. a. das gesamte Zinsniveau zum Sinken bringen, weil der Druck, den die laufenden Abgaben auf die Besitzer von flüssigen Zahlungsmitteln ausüben, sie zur Weitergabe in Form von Käufen oder billigeren Kreditvergaben antreibt, um den Abgaben zu entgehen.

Geld ist deshalb so begehrt und genießt deshalb eine privilegierte Stellung auf dem Markt, weil es überall und jederzeit gegen angebotene Leistungen eingetauscht werden kann. Mit keinem anderen Wirtschaftsgut ist dies möglich. Geld verschafft seinem Besitzer also Entscheidungs- und Bewegungsfreiheit in der Wirtschaft, die ein Besitzer von Waren oder Arbeitskraft nicht hat. Dieser ist wegen des Wertverfalls seiner Waren oder seiner Arbeitskraft gezwungen, diese anzubieten, ein Geldbesitzer nicht, weil er mit seinem Kauf in der Regel warten kann. Den Vorteil, den ein Geldbesitzer genießt und der ihn nichts kostet, kann er heutzutage in Geldform als Zins-

anteil einstreichen, wenn er das Geld verleiht. Dieser Zinsanteil heißt Liquiditätsprämie. Sie ist das Maß für die Begehrtheit von Zahlungsmitteln und zeigt sich in der Höhe des Zinssatzes für kurzfristige festverzinsliche Geldanlagen (Festgelder; siehe oben).

Die Senkung des Zinsniveaus wäre die Folge eines Absinkens der Liquiditätsprämie im Zins auf null, d. h. faktisch ihres Verschwindens aus dem Zins, wenn das Geldsystem in der beschriebenen Weise weiterentwickelt würde. Die Tatsache, dass dieser eine Zinsanteil zu null werden sollte, verleitet leicht zu dem verbreiteten Irrtum, die Freigeldtheorie wolle den „Zins verbieten“.

Soweit zum Grundsätzlichen der Freiwirtschaft.

„Zins macht kein Wachstum“

Zins kann das Wachstum nicht „machen“. Nur indirekt wirkt das Geldwesen auf das Wirtschaftswachstum. Der Zins treibt die Kreditnehmer in jedem Fall zum Wachstum an, weil sie ihren Zinsverpflichtungen möglichst ohne eigene Einkommenseinbuße nachkommen wollen. Die Zinslast hat deshalb zur Folge, dass die Möglichkeiten zum Wirtschaftswachstum bis zur Erschöpfung ausgereizt werden. Und je stärker die Zinslast zunimmt, umso extremer wächst dieser Druck.

Das Ausschlaggebende am Wirtschaftswachstum ist der Einsatz von Energie zusätzlich zur menschlichen Arbeitskraft, nicht der Zins! Es beruht im Wesentlichen auf der Ausweitung der Produktivität von arbeitenden Menschen aufgrund des Einsatzes von Maschinen und der Energie, die zu ihrem Antrieb erforderlich ist. Dies wäre auch in einer unverschuldeten und daher zinsfreien Wirtschaft der Fall! Verschuldung und Zins sind jedoch die Triebfedern, um die Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums bis zum Äußersten auszuschöpfen, sind aber nicht dessen Ursache! Der Zins ist „lediglich“ der Peitschenhieb, der das Pferd Technik ständig zu Höchstleistungen antreibt. Ohne die Zinslast würde die Wirtschaft um vieles langsamer wachsen, aber wachsen würde sie trotzdem, weil der Einsatz technischer Energie billiger ist als menschliche Arbeitskraft.

Verschuldung und Zins sind dagegen Ursache für die schleichende und fortgesetzte Übertragung von Vermögen von den Ärmern zu den Reichen und damit für die Ausbeutung arbeitender Menschen. Die Einnahmen aus Zinsen fließen von den Kreditnehmern und ihren Kunden zu den Kreditgebern, die für diese Einnahmen keine eigene Leistung erbringen. Wirtschaftswissenschaftler versuchten immer wieder

nachzuweisen, dass den Zinseinnahmen eine Art Leistung der Kreditgeber gegenüber steht und sie deshalb zu rechtfertigen sind. Bei genauerer Analyse lässt sich dies aber nicht aufrecht erhalten. Die Zinseinnahmen bedeuten ständige Selbstvermehrung der Großvermögen durch Zins und Zinseszins. Dieser sich selbst beschleunigende Vermögenszuwachs geht grundsätzlich auf Kosten einer gleich großen Vermögensminderung bei den unteren und mittleren Schichten. Dies geschieht völlig unabhängig davon, wie entwickelt Technik und Produktivität sind. Schon zu biblischen Zeiten waren Zinsen ein Problem, nicht aber Wirtschaftswachstum. Ohne Technik kein Wirtschaftswachstum, ohne Zins keine Ausbeutung! Auch eine zinsfreie Wirtschaft kann wachsen, und auch in einer technikfreien Wirtschaft können Zins und Ausbeutung vorkommen. Solange Zinssätze über der Rate des Wirtschaftswachstums liegen, findet zwangsläufig Ausbeutung statt. Und sie liegen stets darüber! Es gab keine Wirtschaftsepoche, wo dies nicht zutraf.

So sind Geld und Zins weder Ursache noch Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Fortschritt. Auch ein noch so raffiniertes Geldwesen hätte die technischen Errungenschaften unserer Zivilisation nicht zustande gebracht. Ursache und Voraussetzung dafür ist vielmehr einzig und allein das Wissen darum, wie der Einsatz technischer Energie uns Arbeit und Leben erleichtern kann. Hingegen ermöglicht es das Geld über den Zins, Sklaverei auf die bis heute raffinierteste Art zu betreiben. Die magische Kraft, welche die Begehrtheit des Geldes auf uns ausübt, ist nicht auf das Wirtschaftswachstum gerichtet, sondern auf die versteckte und versteckbare Ausbeutung von Menschen durch Menschen über den Zins. Aber der Zins macht nicht das Wachstum! Er übt nur einen Druck in Richtung Wachstum aus. Unabhängig vom Geld ist es die magische Kraft der technischen Energie und des Wissens um ihre Nutzung, die das Wirtschaftswachstum erlaubt.

Blenden wir nochmals zurück zur Umweltproblematik: Die Produktionsweise, der für die Umwelt ausschlaggebende Faktor, ist eine rein technische Frage. Sie hat nichts mit Verschuldung und Zins zu tun! Wie schon gesagt: Auch in einer verschuldungs- und zinsfreien Wirtschaft können Wachstum und Umwelterstörung auftreten. Das Überwinden des Zinsproblems würde also das Umweltproblem nicht lösen! Ganz bildhaft gesprochen: Auch mit Sonnenenergie lassen sich umweltschädigende Dinge herstellen.

Bei der Frage des Wirtschaftswachstums gilt es – neben dem Druck zum Wachstum, der vom

Zins ausgeht – immer auch die Voraussetzung und Möglichkeit für das Wachstum zu hinterfragen. Diese Voraussetzung liegt im Einsatz technischer Energie! Solange technische Energie billiger ist als menschliche Arbeitskraft, wird unweigerlich Wirtschaftswachstum stattfinden! Ist sie teurer, dann wird Zins nicht zum Wachstum drängen, sondern ausschliesslich zur Verarmung von Schuldnern und deren Kunden!

Zusammengefasst kann man sagen:

Wirtschaftswachstum beruht auf Energieeinsatz und ist ein Technikproblem, auch wenn es durch den Zinsdruck beschleunigt wird.

Umweltschädigung beruht auf ungeeigneten Produktionsverfahren und ist ebenfalls ein Technikproblem.

Ausbeutung beruht auf Zins und ist ein Geldproblem.

Siehe dazu auch die Beilage „Zins kontra Umwelt“.

„Zins aus fünf Teilen“

In der Zinsdiskussion ist neben der Energiefrage noch ein weiterer, ganz wesentlicher Punkt zu beachten. Wenn hier und anderswo von „Zins“ die Rede ist, besteht selten das Bewusstsein, dass Kreditzinsen aus mehreren, nämlich fünf Anteilen bestehen. Hier wesentlich sind die beiden Zinsanteile Liquiditätsentgelt und Wachstumsanteil. (Die drei übrigen Anteile Inflationsausgleich, Risikozuschlag und Vermittlerentgelt müssen hier nicht beachtet werden.) Das Liquiditätsentgelt spiegelt die Begehrtheit des Geldes als Zahlungsmittel und steigt und fällt mit dieser Begehrtheit, erkennbar am Zinssatz für kurzfristige Festgeldanlagen. Das Liquiditätsentgelt ist der „Urzins“ nach Silvio Gesell, dem Schöpfer der Freiwirtschaftslehre, von Dieter Suhr „Mehrwert des Geldes“ genannt. Der andere Zinsanteil, der Wachstumsanteil, ist die Differenz zwischen den Zinssätzen für kurzfristige und langfristige Geldanlagen. Er spiegelt das allgemeine Wirtschaftswachstum und steigt und fällt mit diesem. Er entspricht dem Produktionsmehrwert nach Karl Marx. Allein das Liquiditätsentgelt ist meiner Meinung nach der fragwürdige Bestandteil im Zins, nicht aber der Wachstumsanteil, und nur das Liquiditätsentgelt müsste aus der Zinshöhe „herausgenullt“ werden. Dann könnten Kredite nach wie vor mit variablen Zinssätzen vergeben werden, und die marktwirtschaftliche Funktion des Kreditzinses als Regulator von Angebot und Nachfrage von und nach Krediten bliebe erhalten. An dieser Stelle kann Zins nicht gerade als „Hilfe“, wohl aber als „Hilfsmittel“ gel-

ten. Bei einem Nullwachstum der Wirtschaft beträgt der Wachstumsanteil ohnehin um null.

Halten wir also fest: Wenn in der freiwirtschaftlichen Gelddiskussion von „Zins“ die Rede ist, sollte darunter nur das Liquiditätsentgelt verstanden werden. Dann geht die Rechnung auf!

Das Absinken des Liquiditätsentgelts auf null bedeutet ein entsprechendes Absinken sämtlicher Zinsvereinbarungen um diesen Wert, weil es in jedem Kreditzins wie ein Sockelzins enthalten ist. Dementsprechend würde dann auch der riesige Zinsstrom vermindert werden, der allseukündlich von Schuldnern zu Gläubigern fließt und eine beschleunigte milliardenschwere Verarmung der weniger Begüterten nach sich zieht. Es darf nicht sein, dass Vermögen sich aufgrund der Zinszahlungen in immer weniger Händen konzentriert, verbunden mit einem unabsehbaren Machtzuwachs und einer entsprechenden Entmündigung der breiten Bevölkerung. Dies ist verbunden mit einer immer weiter fortschreitenden Konzentration der Produktion in immer größeren Fabriken an immer weniger Standorten und führt zur bekannten fortschreitenden Entlassung von Arbeitskräften, der „Produktion“ von Arbeitslosen. Den Gewinn haben die Kapitaleigner und „Shareholder“, denen ein Einkommen ohne eigene Leistung zufließt. Dies ist verbunden mit immer höherem Energieverbrauch, weil die Orte von Produktion und Konsum immer weiter auseinanderfallen und zu immer längeren Transportwegen führen. Alles in allem liegt darin eine höchst ungesunde Entwicklung.

Die Zentralbank im Visier

Ein weiterer Punkt ist zu beachten: die Rolle der Zentralbank. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum zu glauben, Kredit würde deshalb Zins kosten, weil die Zentralbank Geldschöpfung über Kredite betreibt, für die sie Zins verlangt. Zins würde auch dann verlangt werden, wenn die Zentralbank Geld ohne Kredit und Zins herausgeben würde. Bei Nullzins der Zentralbank wäre nur der verhältnismäßig geringe Zentralbankkredit an die Geschäftsbanken kostenlos, nicht jedoch die um vieles umfangreicheren Kredite der Geschäftsbanken an Unternehmen, Private und Staat. Die Geschäftsbanken würden für ihre Kredite weiterhin Zins verlangen. Bei einer freiwirtschaftlichen Geldordnung hingegen würde dieser Zins um das Liquiditätsentgelt geringer ausfallen, weil Geldbesitzer und Geschäftsbanken aufgrund der erwähnten Geldnutzungsgebühr zu einem verbilligten Kreditangebot bereit sein würden.

Nun meinen viele, bei Nullzins der Zentralbank würde die Wirtschaft über ein zuträgliches Maß

hinaus zum Wachstum angeregt werden. Sie erwarten, dass die Kreditnachfrage an die Zentralbank ins Uferlose steigen wird und dementsprechend die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an die Unternehmen. –

Dazu ist zu sagen: Die Zentralbank richtet ihre Geldversorgung üblicherweise aus an der Nachfrage nach ihren Krediten und an der von ihr angestrebten Stabilität des Geldwertes. Der Geldwert wird gemessen am Preisniveau. Um dieses stabil zu halten, versucht sie heute, die Geldmenge mit der zunehmenden Gütererzeugung wachsen zu lassen. Soll die Geldmenge nicht weiter wachsen, dann erhöht sie die Zinssätze für ihre Kredite, damit die Geschäftsbanken ihre Nachfrage nach Zentralbankkrediten zurückbinden. Mit den Zentralbankkrediten erhalten die Geschäftsbanken die Möglichkeit, weitere Kredite an Unternehmen zu vergeben, wodurch diese mehr investieren können, z. B. in Produktionsanlagen, was Wirtschaftswachstum bedeuten kann.

Um nun bei einem Nullzins der Zentralbank die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an Unternehmen nicht ins Uferlose steigen zu lassen, müsste die Zentralbank die Art ihrer Geldschöpfung und Geldmengensteuerung gegenüber heute grundlegend ändern, und zwar auf zweierlei Weise. Für die Grundversorgung eines Landes bzw. Währungsraumes mit Zahlungsmitteln wäre die einmalige kredit- und zinsfreie Ausgabe einer festgelegten Geldmenge an die Bevölkerung sinnvoll. Die Zahlungsmittelmenge würde proportional zur Zahl der Bewohner des entsprechenden Währungsraumes als „quasikonstante Geldmenge“ bemessen werden und nicht mehr nach Kreditwünschen der Wirtschaft. Die entsprechende Geldmenge hat keine Deckung durch hinterlegte Sicherheiten wie bisher die Kredite, weil sie ihre Deckung aus der Arbeitskraft der Bevölkerung bezieht. Dies ist ohnehin wirklichkeitsgerecht, weil nur zum käuflichen Erwerb angebotene Leistungen die Kaufkraft einer Währung decken können.

Diese Art der Grundversorgung mit Zahlungsmitteln sollte die Zentralbank ergänzen durch die Ausgabe und Rücknahme kurzfristiger Kredite an die Geschäftsbanken zum Überbrücken ihrer Zahlungsengpässe, wie sie an den Monatsletzen auftreten können, wenn große Zahlungsvolumen ihrer Kunden abzuwickeln sind. Diese Kredite würden ebenso wie heute Zins kosten, welcher der freiwirtschaftlichen Geldnutzungsgebühr entsprechen würde. Darüber hinaus sollte die Zentralbank keine weiteren Zahlungsmittel bereitstellen.

Mit dieser Regelung bliebe das Kreditgeschäft zur Versorgung der Wirtschaft allein den Geschäftsbanken überlassen, wobei sie jedoch keine als Zahlungsmittel geeigneten Kreditmittel schaffen dürften. Damit wäre der Kreditrahmen, der den Geschäftsbanken zur Erteilung von Krediten an ihre Kunden zur Verfügung steht, klar abgegrenzt. Alle am Wirtschaftsleben irgendwie Beteiligten müssen sich sozusagen gegenseitig und unter sich allein Kredite gewähren. Auf diese Weise ist auch die Wachstumsfähigkeit der Wirtschaft begrenzt und kann nicht ausufern. Für diese Kredite wären, wie beschrieben, nach wie vor Kreditzinsen zu zahlen. Die Zentralbank würde weiterhin als zentrale Bank der Banken fungieren, hätte aber zwei klar getrennte Funktionen: einerseits die Geldversorgung der Bevölkerung und andererseits die Kreditvermittlung unter den Banken. Das Kassieren von Zinsen und damit verbunden die Erwirtschaftung von Gewinnen darf dabei nicht Ziel der Zentralbank sein, auch wenn sie diese an den Staat weitergibt.

Neben diesen geldtechnischen Überlegungen ist auch zu beachten, dass die Wirtschaft generell nur so weit wachsen kann, wie Rohstoffe beschafft werden können und Nachfrage vorhanden ist. Eine weitere Grenze liegt in der Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung. Somit ist die Befürchtung eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums bei Zinssenkung keineswegs gerechtfertigt, weil die Krediterteilungsfähigkeit der Geschäftsbanken stets begrenzt sein würde.

Lohnstabile Währung

Mit der hier anvisierten Art der Geldversorgung ließe sich auch ein Übergang zu einem neuen Konzept der Geldmengensteuerung verbinden, nämlich der lohnstabilen Währung, welche die heutige preisstabile Geldmengensteuerung ablösen würde. Das bedeutet, dass statt des Preisniveaus tendenziell der Durchschnittslohn in einem Währungsraum zum Maß der Geldwertstabilität gemacht und stabil gehalten werden würde. Dann würde eine Steigerung der Produktivität, sofern sie stattfindet, zu Preisreduktionen führen anstatt Lohnsteigerungen zu erlauben. Dies würde für Lohnempfänger den gleichen Vorteil mit sich bringen wie heute eine Lohnsteigerung bei konstantem Preisniveau. Darüber hinaus kämen sie automatisch auch sämtlichen anderen Konsumenten zugute, beispielsweise den Rentnern. Dieses Konzept hätte den Vorteil einer weitgehend automatischen Selbstregulierung der Wirtschaft auf dem Währungssektor, auf deren Funktionsweise ich hier aber nicht näher eingehen möchte.

Nachhaltige Wirtschaft erforderlich statt nachhaltiges Wirtschaftswachstum!

Die ganze führende Wirtschaftswissenschaft und darauf aufbauend auch die Politik erwarten das Heil unserer Gesellschaft im Wirtschaftswachstum, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Jedoch macht Wirtschaftswachstum in hochindustrialisierten Ländern ständig mehr Arbeitsplätze zunichte, als es in der Lage ist, neue zu schaffen. Dies können wir jetzt schon seit Jahrzehnten beobachten! Dies trifft vor allem dann zu, wenn die Arbeitsplätze durch Investitionen für Neuanlagen und Rationalisierungen geschaffen werden sollen oder müssen, weil gerade Investitionen dazu da sind, menschliche Arbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen. Das Erzeugen der Investitionsgüter benötigt selbstverständlich Arbeitsplätze, doch ist das hierfür erforderliche Arbeitsvolumen deutlich geringer als dasjenige, das durch die Investitionen ersetzt wird. Hier also liegt der Irrtum der Wirtschaftsfachleute. Außerdem ist es höhnisch, Wirtschaftswachstum am finanziellen Ergebnis der Unternehmen zu messen, an ihren Einnahmen also, und nicht an dem, was sie für menschliche Arbeit an Lohn aufwenden.

Also sollten wir endlich Abschied nehmen vom Ruf nach Wirtschaftswachstum. Stattdessen ist es erforderlich, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für breit gestreute Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es geht nicht an, Arbeitsmöglichkeiten durch den Einsatz roboterisierter Produktionsanlagen weiter abzubauen, auch wenn dies zu noch billigeren Produkten führt, wenn die aus der Produktion freigewordenen Menschen keine ausreichenden Verdienstmöglichkeiten mehr finden können.

Dabei spielen in unserer heutigen Wirtschaft Monopole eine immer größere Rolle. Zunehmende Verschuldung von Unternehmen führt zu deren Übernahme durch größere, wodurch diese weiter wachsen. Nach neoliberaler Lehre werden auch öffentliche und Staatsbetriebe zunehmend privatisiert in der Meinung, dass sie nicht so wirtschaftlich arbeiten wie Privatunternehmen unter Marktkonkurrenz. Privatanbieter werden zugelassen. „Öffnung des Marktes“ heißt dies. Damit ist die Erwartung verknüpft, dass die Preise fallen. Dies tun sie auch teilweise, siehe Telekommunikation. Jedoch konkurrieren die privaten Gesellschaften untereinander in einem hart geführten Verdrängungswettbewerb. Dies führt zu Preisunterbietungen gegenüber den Kunden und zu ständiger Weiterverschuldung der Unternehmen. Dann kommen die Fusionen und Übernahmen mit Stellenabbau, ohne dass staatliche Kartellkontrollen viel dagegen unternehmen. Die zunehmende Marktbeherrschung einiger weni-

ger ist die Regel. Deshalb erwarte ich, dass in zehn bis zwanzig Jahren ein paar internationale Marktriesen den Markt monopolartig beherrschen werden, dabei Leistung und Qualität abbauen und die Preise wieder nach oben treiben. Da werden wir dann wieder Verstaatlichung fordern.

Die Schweiz hat dies zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit den Eisenbahnen erlebt, als das ehemals private Eisenbahnnetz zusammenwuchs und die Gesellschaften gegenseitig konkurrierten, sich in die Verschuldung und nahe an den Bankrott trieben. Um den Betrieb weiterhin zu sichern, wurden sie in den staatlichen Schweizerischen Bundesbahnen SBB zusammengefasst. Diese Erfahrung auf die heutige Zeit übertragen müssen wir damit rechnen, dass die ehemals nationalstaatlichen Dienstleistungsunternehmen nach einer Zwischenphase mit Privatunternehmen schließlich abgelöst werden durch gesamteuropäische Staatsunternehmen.

Wir brauchen ein „small is beautiful“ („Klein ist schön“) und nicht Größe um jeden Preis, also überblickbare und damit auch kontrollierbare Strukturen. Wir müssen eine nachhaltige Wirtschaft anstreben und nicht ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Kleinräumigkeit und Überblickbarkeit würden sich allmählich von selbst wieder ergeben, wenn die vielfach geforderte Verteuerung der Energie durch staatliche Abgaben eingeführt sein würde.

Umweltbelastung ist Folge des Wirtschaftswachstums

Solange die Umwandlung von Naturgütern (Bodenschätze, Pflanzen- und Tierprodukte) in der Produktion zu Abfällen führt, welche nicht wieder verwertbar sind oder die, wenn sie in die natürliche Umwelt gelangen, diese schädigen, kann Wirtschaftswachstum nur zu wachsender Umweltbelastung führen. Dazu gehören neben den Abfällen auch energetische Belastungen für Pflanzen, Tiere und Menschen. Das sind Lärm, Erschütterungen, Elektrosmog oder Radioaktivität.

Es liegt in der geschichtlichen Entwicklung unserer Produktionsprozesse begründet, dass bei kleinen Abfallmengen noch keine merklichen Schädigungen der Umwelt auftreten. Wir können über sie hinweggehen. Weil wir jedoch mit Hilfe der Technik in der Lage sind, einerseits Abfälle zu erzeugen, welche nicht von Natur aus abbaubar sind, andererseits immer grössere Abfallmengen hervorzubringen, wird die Umweltbelastung immer mehr zur unerträglichen Umweltvergiftung und -zerstörung. Ohne Umweltbelas-

tung wäre das Wirtschaftswachstum vermutlich kein Problem!

Das Umweltproblem und eine nachhaltige, d. h. dauerhaft sorgsame Wirtschaftsweise sind eine Frage der Produktionstechnik. Wären wir seit Anfang der industriellen Entwicklung darauf be-

dacht gewesen, die Umwelt nicht zu schädigen, so hätten wir schon immer anders produziert, nämlich naturnah, abfallbewusst, sorgsam!

Eberhard Knöllner